

Energiewirtschaft in Österreich: Steuerdruck gefährdet Erneuerbare!

Ein Gesetzesentwurf plant höhere Steuern für die E-Wirtschaft in Österreich, was den Ausbau erneuerbarer Energien gefährden könnte.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die österreichische E-Wirtschaft droht mit einer neuen Gesetzesinitiative in eine finanzielle Krise zu stürzen. Laut einem Entwurf für das Budgetsanierungsmaßnahmengesetz plant die Regierung nicht nur eine drastische Verlängerung des Energiekrisenbeitrags bis 2030, sondern auch die Einführung zusätzlicher Sondersteuern auf Stromerzeugung. Diese Maßnahmen könnten die bereits bestehenden finanziellen Belastungen verdoppeln und die Branche mit Kosten von bis zu 450 Millionen Euro pro Jahr konfrontieren, wie **ots.at** berichtet. Die E-Wirtschaft, vertreten durch Österreichs Energie, fordert eine Überprüfung der Auswirkungen und einen öffentlichen Diskurs über die Folgen dieser steuerlichen Verschärfungen.

Diese Entwicklungen stehen im Kontext einer insgesamt anspruchsvollen wirtschaftlichen Situation. Dabei hat die Bundesregierung in der Vergangenheit bereits erhebliche Fortschritte beim Ausbau der Erneuerbaren Energien gemacht, wie der aktuelle Jahresbericht des BDEW zeigt. Im Jahr 2024 wurden über eine Million neue Photovoltaikanlagen installiert, was einer Vervierfachung im Vergleich zu 2021 entspricht. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung stieg auf 58 Prozent, ein Ergebnis, das durch die zunehmende Stromproduktion aus Photovoltaik und Offshore-Windkraft begünstigt wurde. Dennoch ist die Stabilität des Stromnetzes

gefährdet, da die Einspeisung aus kleinen PV-Anlagen oft unkontrolliert erfolgt, wie **bdew.de** betont. Um die Herausforderungen zu meistern, ist eine Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen dringend erforderlich.

Dringlichkeit der Maßnahmen

Um die Fortschritte bei der Energiewende zu sichern, fordert die BDEW eine verstärkte Förderung steuerbarer Kraftwerkskapazitäten und flexible Regelungen für die Energieversorgung. Die angestrebte Verbesserung der Infrastruktur ist entscheidend, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die schädlichen CO₂-Emissionen weiter zu reduzieren. Auch wenn die durchschnittlichen Strompreise gesunken sind, bleiben sie auf hohem Niveau. Eine Senkung der Stromsteuer für alle, nicht nur für die Industrie, könnte die Situation erheblich verbessern und die Elektrifizierung in den Sektoren Verkehr und Wärme vorantreiben. Die finanzielle Unterstützung des Staates könnte dazu beitragen, die Transformationskosten für Haushalte und Unternehmen zu mindern und eine breitere Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen.

Details	
Vorfall	Finanzmarkt
Ursache	Steuererhöhung, Marktintervention
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Schaden in €	450000000
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.bdew.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at